

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	11.09.2012
Gesundheitsausschuss	11.09.2012

Kampagne "Keine Kurzen für Kurze - gemeinsam gegen die Abgabe von Alkohol an Kinder und Jugendliche " - Karneval 2012 1570/2012

Kampagne „Keine Kurzen für Kurze – Gemeinsam gegen die Abgabe von Alkohol an Kinder und Jugendliche“ – Karneval 2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil bezieht sich auf die folgende Aussagen in der Mitteilung:

„In Kölner Krankenhäuser wurden über 300 Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren wegen der Diagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ stationär behandelt. Die Schätzzahl der Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre), die in Köln wegen einer Alkoholvergiftung stationär und ambulant in Krankenhäuser behandelt werden, liegt jährlich bei 800.“

Herr Peil möchte von der Verwaltung wissen, ob diese Indikatoren dazu führen, dass der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes oder das Jugendamt überprüfen, ob weitere Maßnahmen notwendig seien. Hinderungsgründe könnten datenschutzrechtliche Argumente sein, weil eventuell die Entbindung von der Schweigepflicht nicht vorliege oder nicht angefragt wurde.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass beim Projekt „HaLt“ in der Kinderklinik Amsterdamer Straße alle Daten unter die ärztliche Schweigepflicht fallen. Das bedeute, auch dort sei die Einschaltung entsprechender Freier Träger, die sozialarbeiterisch tätig werden, nur mit Einverständnis der Eltern möglich. Diese Daten werden dem Gesundheitsamt nicht individuell übermittelt und gehören auch nicht zu den Aufgaben, die sie als Gesundheitsamtsleiterin in irgendeiner Form rechtlich begründen könne. Das Gesundheitsamt habe hier eine Vermittlungsfunktion.

Im Hinblick auf die Jugendhilfe werde die Frage an das Jugendamt weitergeleitet.

Die Jugendverwaltung antwortet:

Die Drogenhilfe Köln führt als Träger der freien Jugendhilfe im Rahmen der Suchtprävention/Frühintervention HaLt Cologne in der Kinderklinik Amsterdamer Straße durch. Die Fachkräfte kommen nur dann zum Einsatz, wenn die Schweigepflichtentbindung seitens der Eltern vorliegt. Es gehört zum Konzept von HaLt, dass die involvierte Ärzteschaft der Kinderklinik die Schweigepflichtentbindung anräät. Für den Fall, dass Eltern hierzu nicht bereit sind, wird auf das Angebot der Drogenhilfe Köln verwiesen und Infomaterial ausgehändigt. In einigen Fällen suchen Eltern später den Kontakt zur Drogenhilfe Köln. Das Jugendamt erhält aus Datenschutzgründen nur anonymisierte Falldarstellungen, aber keine harten Daten zu den betroffenen Kindern und Jugendlichen. Im bisherigen Projektverlauf kam es laut Drogenhilfe Köln nicht zu Wiederholungen bei HaLt-Fällen.

Für SE Herrn Dr. Zastrow stellt sich die Frage, wie den mehrfach alkoholauffälligen Jugendlichen trotz Datenschutz geholfen werden könne. Eine Möglichkeit sehe er bei den Krankenkassen, da dort die Daten zusammenfließen.

SB Frau Houben hält die Anregung, über die Kostenträger an Datenmaterial zu kommen, für hilfreich.

Sie fragt, ob es im Rahmen der Kampagne „Jugendschutz aktiv“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möglich wäre, Gelder zu erhalten, um damit in Köln weitere Aktionen durchführen zu können.

Frau Dr. Bunte merkt an, dass die Mitteilung vom Amt für Kinder, Jugend und Familie gefertigt wurde und sie nur bedingt antworten könne. Sie wisse aber aus Vorhaben, bei denen das Gesundheitsamt eingebunden war, dass die Krankenkassen ihre Bereitschaft signalisiert haben zum Beispiel im Projekt „HaLt“ auch weiterhin sozialarbeiterische Tätigkeiten mit zu finanzieren, wenn Kinder wegen einer massiven Alkoholintoxikation stationär aufgenommen werden und diese Gelegenheit zur Intervention genutzt wird.

Weitere finanzielle Unterstützungen stehen dafür nicht zur Verfügung.

RM Herr Peil geht nicht davon aus, dass alle der 300 bzw. 800 betroffenen Kinder und Jugendliche der Jugendhilfe bedürfen. Aber es sei ein Indikator. Ratsam sei es, wenn die Eltern die Schweigepflichtentbindung aufheben, damit angemessene Hilfen angeboten werden können.

Er hält es für hilfreich, wenn in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtes derartige Fragen beantworten könne.

SE Frau Röhrig interessiert, ob es möglich sei, im Schulunterricht entsprechende Aufklärungen einzubauen.

Die Jugendverwaltung antwortet:

Die Refinanzierung durch die Krankenkassen deckt nicht die tatsächlich entstandenen Kosten. Außerdem beteiligen sich nicht alle Kassen. Zu nennen sind hier z. B. die Privaten Kassen.

Daher wird HaLt nur in der Kinderklinik Amsterdamer Straße durchgeführt. Das Projekt ist inzwischen durch Mittel aus der Jugendhilfe ausreichend finanziert. Es wäre möglich und nötig, gezielte Aufklärungsarbeit an Schulen anzubieten. Die derzeitige Haushaltslage lässt aber eine weitere Erhöhung der Mittel nicht zu. Die Fördersituation schließt auch weitere HaLt-Standorte aus, so dass nur ein Teil der alkoholintoxikierten Kinder und Jugendlichen erreicht werden kann. Die Verwaltung und der Träger bemühen sich um weitere Finanzierungsstrategien. Die Möglichkeit, eine Förderung im Rahmen von „Jugendschutz aktiv“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend zu erfragen, verspricht wenig Erfolg, da nicht nur Köln sondern zahlreiche HaLt-Standorte Probleme mit der Ausfinanzierung haben. Zur Kampagne „Jugendschutz aktiv“ gehört in ihrem Internetportal auch die Kölner Kampagne „Keine Kurzen für Kurze“.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach hält es für angebracht, im Karneval in den Bezirken dezentrale Veranstaltungen anzubieten. Leider sei die Großveranstaltung auf dem Neumarkt aus Kostengründen eingestellt worden. Sie möchte wissen, ob in der Runde der Bezirksjugendpfleger über diese Situation diskutiert werde und ob dezentrale Angebote gestaltet werden könnten.

Die Jugendverwaltung antwortet:

Es wird in der Runde der Bezirksjugendpflege über Modelle von alternativen Veranstaltungen zur Großveranstaltung auf dem Neumarkt diskutiert. Auch hier spielt die Kostenfrage eine erhebliche Rolle und ist noch nicht geklärt.

Die Jugendverwaltung bietet an, in den Gesundheitsausschuss am 06.11.2012 eine Vertreterin des Jugendamtes zu entsenden, um Detailfragen zu beantworten.

Gez. Dr. Klein